

STREIT

12

AUF EIN WORT

Denkverbote helfen nicht gegen rechts

Nach Trump gilt auch: Vorsicht vor zu viel falscher Sensibilität!

Bei aller berechtigten Erleichterung darüber, dass ein erklärter Versöhner ins Weiße Haus einziehen wird – eine unbequeme Erinnerung muss sein: Der abgewählte Donald Trump war ein Spalter, aber die Spaltung Amerikas, auf der sein Erfolg 2016 gründete, hat nicht er aufgelöst. Die Vereinigten Staaten waren schon vorerschüttert, die Bruchlinien schon angelegt, als der Sprengmeister sein Amt übernahm.

Die Vorstellung, von Bedrohungen umzingelt zu sein, die Versuchung, Gefühle mit Fakten zu verwechseln, die Neigung, das Leben als Schlacht zwischen Gut und Böse wahrzunehmen, und die wahnhaftige Idee, von Hautfarbe auf Charakter zu schließen, all dies waren und sind leider keine ausschließlichen Wesenszüge der populistischen Rechten. Diese Denkkarten gibt es auch auf der linken Seite, vor allem im jüngeren akademischen Milieu Amerikas.

Der kulturelle Fallout einer traumatisierten Nation wird noch länger in Richtung Westen wehen. Vor vermeintlich »progressiven« Ideen-Importen aus amerikanischen Universitäten, die in Wahrheit wenig Abwehrwirkung gegen Populismus entfalten, sollte Europa sich deshalb ebenso in Acht nehmen wie vor sehnsüchtigen Nachahmungen des Trumpismus.

Ist 9/11 schuld? Hat die eingetragene *see something, say something*-Hyperwachsamkeit massenpsychologisch dazu geführt, Gefahren eher zu über- als zu unterschätzen? Oder hat es auch damit zu tun, dass Teenager seit einigen Jahren immer mehr per Facebook kommunizieren statt *face to face*? An vielen US-Universitäten jedenfalls hat das Grundgefühl Einzug gehalten, sich schützen zu müssen – vor Ideen, Positionen oder Debatten, die verstörend oder verletzend sein könnten.

Der Begriff Cancel-Culture wird in Deutschland oft voreilig benutzt. An vielen US-Colleges ist er angebracht. Gab es im Jahr 2001 noch zwei Vorfälle, bei denen Demonstranten versuchten, missliebige Sprecher vom Campus auszuladen oder ihre Vorträge zu stören, wurden es danach deutlich mehr: 2015/16 gab es 38 solcher Versuche, in etwa jedem zweiten Fall waren sie erfolgreich, ermittelte die überparteiliche Foundation for Individual Rights in Education. Laut einer aktuellen Umfrage dieser Organisation sagen 42 Prozent von 20.000 befragten Studenten, ihre Universität würde das Recht eines Redners, seine Sicht darzulegen, nicht verteidigen, wenn dieser eine »anstößige« (*offensive*) Formulierung benutzt habe.

Die beiden Sozialforscher Jonathan Haidt und Greg Lukianoff glauben, die Debattenkultur leide auch deshalb, weil die Babyboomer-Generation viele US-Universitäten in geistig geplante Ebenen verwandelt habe. In den frühen 1990er-Jahren habe das Verhältnis von eher links zu eher rechts eingestellten Professoren in Amerika noch bei 2:1 gelegen – Widerspruch sei also selbstverständlicher Teil des Campuslebens gewesen. Im Jahr 2016 sei diese Quote in den Sozialwissenschaften bei 10:1 angelangt. »Viele Studenten haben keine oder kaum eine Begegnung mit Professoren, die die Hälfte des politischen Spektrums repräsentieren«, schlussfolgern Haidt und Lukianoff in ihrem Buch *The Coddling of the American Mind*.

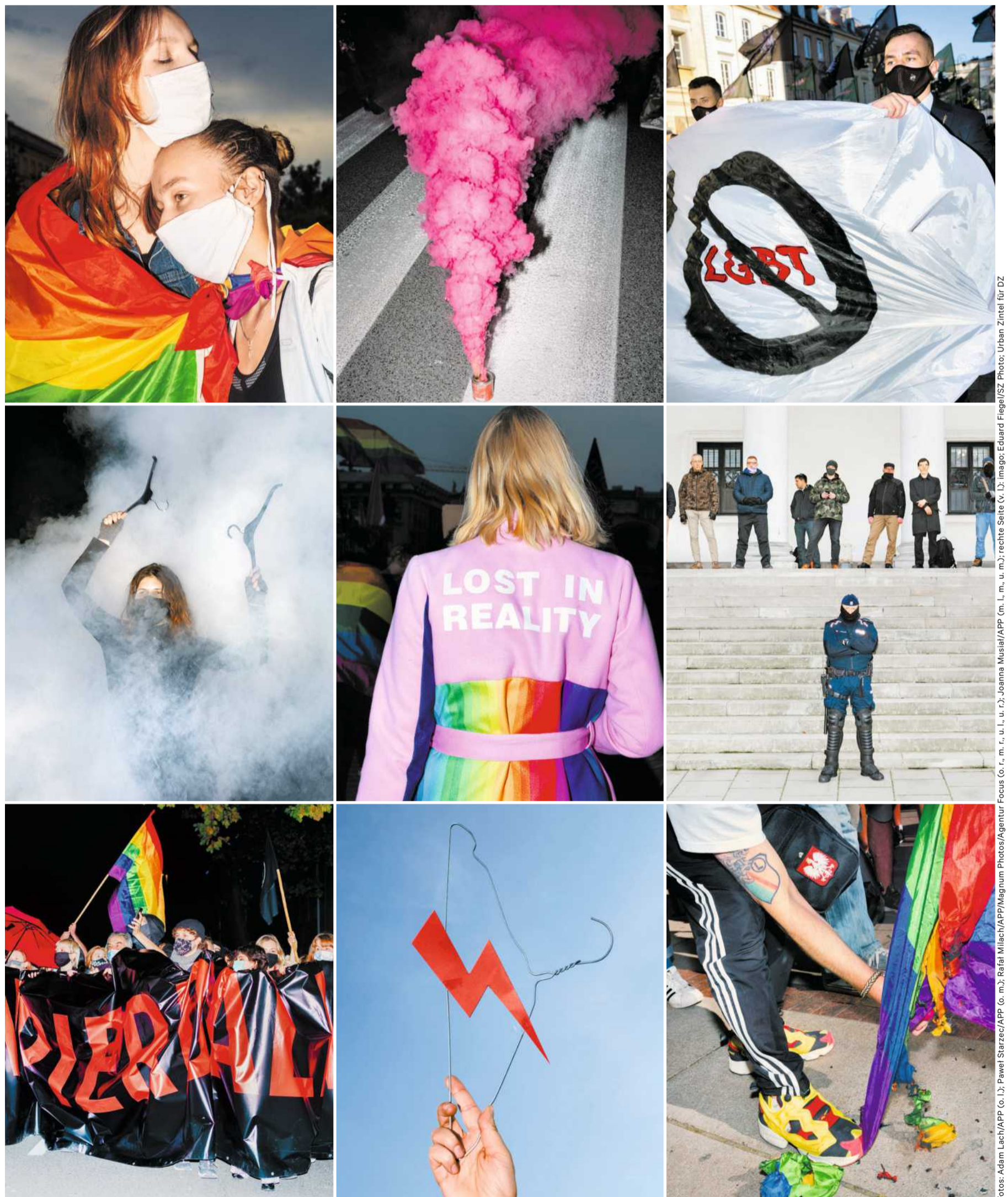
Hat womöglich dieses Schwinden echter Diversität dazu beigetragen, dass ein ersatzweises »Diversitäts«-Verständnis Einzug hielt, das gekoppelt ist an Hautfarben und sexuelle Orientierungen (als ob diese zwangsläufig etwas über politische Einstellungen verrieten)? Und könnte es sein, dass politische Homogenität auch in linker Varianz das gänzlich unprogressive Phänomen des Stammesdenkens begünstigt? Je überzeugter ein Lager von der Richtigkeit seines Denkens ist, desto eher erscheinen Andersdenkende als Bedrohung. So wird an deutschen Unis ein Bernd Lucke zum »Nazi«, eine Susanne Schröter zur »antimuslimischen Rassistin« – und andere Professorinnen und Professoren werden womöglich unfreier, weil sie die Bezeichnung fürchten lernen.

Um Populisten zu kontern, braucht es eine widerstandsfähige Gesellschaft, die Argumente höher schätzt als Orthodoxien. Eine, für die sogar Gefühlsverletzungen im Hörsaal kein Tabu sind, sondern eine bisweilen notwendige Bedingung des Lernens. Muskeln wachsen durch Belastung. Eine Universitätslandschaft, die zum »Safe Space« wird, die nicht herausfordert, sondern schon, schafft keine politischen Abwehrkräfte, sie schwächt sie.

JOCHEN BITTNER

Freiheit oder Tradition?

Ob Migration, Homo-Ehe oder Abtreibung – zwischen Ost- und Westeuropa verläuft ein Riss, ähnlich tief wie in den USA. Schürt Deutschland den Konflikt, indem es seine östlichen Nachbarn erziehen will? Ein Streitgespräch zwischen einem Deutschen und einem Polen



Ein Land, zwei Wertevorstellungen: Demonstrationen gegen das rigide Abtreibungsrecht, mit dem Symbol des Kleiderbügels, und Gegner der LGBTQ-Bewegung in Polen, die eine Regenbogenfahne verbrennen

»Eine illiberale Demokratie ist so plausibel wie ein vegetarischer Schlachthof«

Alexander Graf Lambsdorff,
stellvertretender FDP-Chef

»Liberalen Demokratien schließen traditionelle Ideen wie das Christentum aus«

Witold Waszczykowski,
ehemaliger polnischer Außenminister

Fotos: Adam Lach/AP (G. 1.); Pawel Starzec/AP (G. m.); Ratal Milach/AP/Magnum Photos/Agentur Focus (G. r., u. l., u. r.); Joanna Musiel/AP (G. l., m., u. r.); rechte Seite (G. l., m., u. r.); Eduard Flegel/SZ Photo; Urban Zintel für DZ